

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Kößl, Mag. Maier, Dr. Helene Partik-Pablé, Parnigoni  
und Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Stärkung des Datenschutzes auf europäischer Ebene insbesondere auch bei  
Europol**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Protokoll aufgrund von Artikel 43 Absatz 1 des  
Übereinkommens über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamtes (Europol-  
Übereinkommen) zur Änderung dieses Übereinkommens (691 d.B.)

Der Datenschutzrat hat in seiner Sitzung am 27. Jänner 2005 zu diesem Protokoll eine  
ausführliche und intensive Debatte geführt. Neben Stellungnahmen zu Detailproblemen hat  
der Datenschutzrat einstimmig auch allgemeine Grundsätze festgehalten. Diese sollen  
nunmehr auch von politischer Seite her in Form einer Entschließung bekräftigt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

#### Entschließung:

Der Nationalrat hat beschlossen:

In ausdrücklicher Anerkennung des Bekenntnisses Österreichs zur polizeilichen  
Zusammenarbeit im Rahmen von Europol wird die Bundesministerin für Inneres ersucht, alle  
Bestrebungen, den Datenschutz im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit in der  
Europäischen Union und insbesondere der Europol weiter zu stärken, zu unterstützen.

Gleichzeitig werden die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung ersucht, bei Verhandlungen von Übereinkommen mit datenschutzrechtlicher Relevanz auf europäischer Ebene den Datenschutzrat zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einzubeziehen, damit die datenschutzrechtlichen Aspekte schon möglichst zeitig in die Verhandlungen von Österreich eingebracht werden können.

OK  
F  
Koch-Talbot  
Parnigoni  
Koch-Talbot